

Am 07.03. traf sich im Rahmen einer Absprache mit der Stadtverwaltung Bad Salzungen auch der Leimbacher Bürgermeister und Mitglieder der BI B62 mit Vertretern des Straßenbauamtes Südwestthüringen. Der Leiter des Straßenbauamtes, Herr Kirchner, erläuterte ausführlich, warum in diesem Jahr an der Ortsumgehung Leimbach nicht weitergebaut wird. Zum einen verhindert die Einarbeitung von neuen Normen und Vorschriften für den Erdbau in die Ausschreibungsunterlagen eine zügige Ausschreibung und Auftragserteilung für den Streckenbau, zum anderen bringt auch der Wechsel eines für den Bau verantwortlichen Mitarbeiters seines Amtes zum Straßenbauamt Nordthüringen erhebliche Verzögerungen mit sich, da eine andere Mitarbeiterin sich in die Unterlagen erst einarbeiten muss. Einen konkreten Fertigstellungstermin konnte und wollte Herr Kirchner nicht nennen.

Die Vertreter der BI brachten einen konkreten Zahlenvergleich der Baumaßnahme B62 mit der B90n Stadtilm auf den Tisch. Diese Maßnahme erhielt gleichzeitig mit der Ortsumgehung B 62 Leimbach im Jahre 2014 die Finanzierungszusage vom Bund. Der Neubau der B90n hat eine über drei mal längere Baustrecke, wesentlich mehr und größere Brückenbauwerke und über dreifach höhere Gesamtkosten als der B62 Neubau. Wie es zur Zeit aussieht, ist damit zu rechnen dass die B90n in nur halb so langer Bauzeit fertig gestellt wird wie die B 62 Leimbach. Von einer Verzögerung durch neue Normen oder Mitarbeiterwechsel ist dort nichts bekannt.

Wie ist das möglich? Die Baumaßnahme B90n wird nicht durch die Thüringer Straßenbauämter betreut sondern durch die DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH).

Hier im Vergleich sieht man wie sich ein Amt selbst im Wege steht. Es zählt nicht das Ergebnis der Arbeit, sondern das sich selbst Verwalten, das Beschäftigen mit eigenen Strukturen bindet die meisten Kräfte. Wie kann es sein das ein Landesbediensteter innerhalb der Straßenbauverwaltung seinen Arbeitsplatz wechselt, und damit den Zeitplan eines wichtigen Millionenprojektes völlig aus dem Ruder laufen lässt? Warum verschläft eine Landesbehörde die Änderung wichtiger Normen und Verordnungen aus den Jahren 2015 und 2016 und hat dann im Nachhinein teure und langwierige Nacharbeiten?

Den Schaden haben die Bürger die als Anwohner noch länger den Lärm und die Abgase zu ertragen haben, aber auch die tausende Autofahrer täglich, denen eine schnellere, sichere Umfahrung weiterhin vorenthalten wird. Nicht zuletzt haben alle Steuerzahler einen Nachteil, wenn ein wichtiges Projekt der Infrastrukturverbesserung mit immensen Planungskosten schon teilweise bezahlt ist, aber jahrelang nicht zur Verfügung steht. So wird die Leimbachtalbrücke, die im Oktober 2016 fertig übergeben wurde, wohl erstmals befahren werden, wenn schon drei Jahre der Gewährleistungszeit abgelaufen sind.